

# Klimapaket eins ist geschnürt

Koalition streitet aber noch über Reform der Kfz-Steuer

VON HARALD BAUMER

Union und SPD haben ihr erstes Klimaschutz- und Energiepaket geschnürt. Vertreter beider Parteien zeigten sich optimistisch, dass es bald auch eine Einigung über die Reform der Kfz-Steuer gibt.

BERLIN – Die Kanzlerin ist zwar im Prinzip für alles mitverantwortlich, was in der Bundespolitik geschieht. Das heißt aber nicht, dass es nicht auch einige Themengebiete geben dürfte, die ihr persönlich besonders am Herzen liegen. Bei Angela Merkel zählen dazu eindeutig Umweltpolitik und Klimaschutz. Warum? Ganz einfach: Erstens war sie vier Jahre lang selbst Umweltministerin (1994–1998), kennt also die Probleme. Zweitens steht sie auf diesem Feld auch international im Wort.

Deswegen muss es die Regierungschefin sehr geärgert haben, dass ihr neuerdings immer öfter ein gewisses Maulheldentum in der Umweltpolitik vorgeworfen wurde. Ein ums andere Mal verschob die Große Koalition ihre Klimapakete. Nach außen wurden zwar organisatorische Gründe geltend gemacht. Hinter den Kulissen wusste aber jeder, dass sich die zuständigen Minister Sigmar Gabriel (SPD/Umwelt) und Michael Glos (CSU/Wirtschaft) stritten.

Die Opposition hatte sich schon heftig auf die mageren Fortschritte der Regierung eingeschossen. „Schwächlich“ nannte Grünen-Chef Reinhard

Bütikofer das, was vom Klimapaket übrig geblieben war. Seine Fraktionskollegin Bärbel Höhn erinnerte daran, dass von 30 geplanten Maßnahmen bereits mehr als die Hälfte gestrichen, verschoben oder abgeschwächt worden sei. Im Bundestag sagte sie an die Adresse der Koalition: „Der Schweizer Käse hat mehr Löcher als Löcher.“

Ihr Klimapaket hat mehr Löcher als Käse. Und der Rest ist dann auch noch Käse.“

Ein Erfolg musste her, das war Angela Merkel und ihren Beratern klar. Selbst der sozialdemokratische Umwelt-Staatssekretär Michael Müller, gewiss kein glühender Verehrer der CDU-Chefin, hatte gemahnt: „Wir können die Kanzlerin beim Klimaschutz, bei dem sie viel internationale Reputation erworben hat, nicht im Regen stehen lassen.“

## „Koalition ist handlungsfähig“

Nun sei der Erfolg endlich da, bekommt man seit Wochenbeginn aus Koalitionskreisen zu hören. Wobei man allerdings über die Lautstärke des Applauses streiten kann. Denn nur Teil eins des Pakets scheint wirklich geklärt, der schwierigere Teil zwei noch nicht. „Die Koalition ist im Klimaschutz handlungsfähig“, durfte SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber als Erster verkünden – nachdem die Fachleute wieder einmal stundenlang zusammengesessen hatten.

Ein durchaus heikler Punkt waren die erneuerbaren Energien gewesen, also unter anderem Sonnen- und Windkraft. Hier hatte die Union über heftige Subventionskürzungen nachgedacht. Die SPD und die Ministerpräsidenten der neuen Länder (wegen der dort üppig vorhandenen Solarindu-

strie) gingen dagegen auf die Barrikaden und setzten sich durch. Es wird im Bereich Sonnenenergie nur zu leichten Einschnitten kommen, während bei Windstrom und Biomasse-Anlagen sogar zugelegt wird.

Eine weitere Errungenschaft des Klimapakets eins ist der sogenannte „intelligente Stromzähler“. Er soll künftig zur jeweils günstigsten und umweltverträglichsten Zeit diverse Haushaltsgeräte wie Geschirrspüler und Waschmaschine per Funk in Betrieb setzen. Der Einbau solcher Zähler soll ab 2010 bei Neubauten und Totalsanierungen Pflicht werden. Ein durchaus wertvoller Ansatz zum Energiesparen, loben Fachleute.

Die schwierigen Probleme, im Klimapaket Nummer zwei verborgen, sind aber noch nicht gelöst. Denn hier geht es um massive Interessenkollisionen. Zum Beispiel bei der Neuordnung der Kfz-Steuer. Künftig, da sind sich alle einig, soll nicht mehr der Hubraum, sondern der CO<sub>2</sub>-Ausstoß eines Pkw entscheidend sein. Doch wie geht man mit Millionen von Altfahrzeugen um, die noch Jahre unterwegs sein werden? Hier sperrt sich das Wirtschaftsministerium gegen drastische Einschnitte. Berücksichtigt man allerdings nur Neuwagen, dann stellt sich ein klimaschützerischer Effekt nur sehr spät ein. Beides zugleich, die Umwelt und den Bürger zu schonen, wird wohl kaum möglich sein.

Ein ähnlich schwieriges Gebiet ist der Bau von neuen Fernleitungen für die Stromversorgung. Sowohl Union als auch SPD halten das für nötig. Sie können sich jedoch nicht auf Freileitungen (preiswert, aber beim Bürger unbeliebt) oder unterirdische Leitungen (beim Bürger beliebt, aber teuer) einig.